

Widerspruch

DIE LINKE. PDS

Oder-Spree

www.linke-oder-spree.de

DIE LINKE zieht nach engagiertem Wahlkampf mit 8.4 Prozent in die Bürgerschaft ein

Das Wunder von Bremen – ein Zeichen für die neue LINKE

Sonnabend 12. Mai gegen 15 Uhr: Tausende eilen durch den Regen zum Stadion von Werder Bremen auf dem Weg zum Bundesliga-

spiel gegen Eintracht Frankfurt. Auf dem Weg dorthin verteilen Wahlkämpfer der LINKEN Flyer mit dem Aufdruck „Es ist nicht Deine

Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist – Es wäre nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ Auf der Rückseite der Wahlkampfslogan der Bremer: „Hier ist DIE LINKE“. Viele Passanten nehmen den Flyer oder einen chinesischen Glückskeks. Der birgt im Innern die Botschaft „Du wirst eine gute Entscheidung treffen und mit Dir im Reinen sein. DIE LINKE.“ Die Reaktionen reichen von Zustimmung bis Ablehnung. Manche singen den Text des Flyers, der im Original ein Lied

ECHT NERVIG



Denn wir wiederholen es gern: Keine Privatisierungen! Keine Zwangsumzüge! Keine Billiglöhne! Keine Verschwendung öffentlicher Mittel! Keine Drei-Klassen-Schule! Kein weiterer Sozial- und Kulturabbau! Unsere Antwort darauf: www.hier-ist-die-linke.de

DIE LINKE.

Aus dem Inhalt:

- | | |
|--|---|
| ■ Brandenburger Erde im Reichstag4 | ■ 20 000 CDs gegen 8 Staatschefs 13 |
| ■ Jobs an der Kletterwand9 | ■ SPD verhindert Mindestlohn 19 |
| ■ Der Klimawandel und die G8 11 | ■ Sozialticket für Brandenburg 21 |
| | ■ Wir gedenken Asiaticus 24 |
| | ■ Die allerletzte Verfügung 28 |

der Berliner Band „Die Ärzte“ ist, mit. Mit Beginn des Spiels im Stadion ziehen die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer friedend ab. Die letzte Aktion eines engagierten Wahlkampfes brachte noch einmal Kontakt mit vielen Bremerinnen und Bremern. Auf einem Kandidaten-Faltblatt konnte man lesen: „Wir ernten, was wir säen“. Die bange Frage am Sonnabend vor der Wahl bleibt, ob DIE LINKE es schaffen kann, nach 17 Jahren erstmals in ein westdeutsches Landesparlament einzuziehen. Und ob es für eine Fraktion reicht.

Kandidatinnen und Kandidaten – neu und unverbraucht

Wochenlang hatten sich die Aktivisten der beiden Parteien WASG und Linkspartei.PDS für diesen Tag ins Zeug geworfen, gestritten und debattiert und mit viel Hilfe von nah und fern einen Kräfte zehrenden Wahlkampf absolviert. Dem gemeinsamen Wahlantritt an der Weser gingen lange Debatten voraus, ob und wie man antreten wolle. Wenige Wochen vor der Gründung der gemeinsamen neuen Partei wollte man die Vereinigung auf Bundesebene in Bremen vorwegnehmen und entschied sich als DIE LINKE in die Wahl zu gehen. Das Unterfangen schien – nach mehreren erfolglosen Anläufen und einem wenig Mut machenden Ergebnis von 1,7 Prozent beim letzten Urnengang 2003 – wenig aussichtsreich. Prominente Kandidaten wie Rudolf Hickel winkten ab und letztlich



Peter Erlanson

entschieden sich die Bremer Genossinnen und Genossen für eine Liste mit eher unbekanntem, aber auch unverbrauchten Kandidaten.

An der Spitze stand mit Peter Erlanson ein streitbarer Betriebsrat des Krankenhauses „Links der Weser“. In Bremen



Klaus-Rainer Rupp



Monique Troedel



Inga Nitz

zenkandidaten sehen mit der Überschrift „Echt nervig“ – denn DIE LINKE versprach den Wählern, konsequent in der Bremischen Bürgerschaft sich für soziale Fragen einzubringen und so in der Tat die Regierenden zu nerven.

will die große Koalition die Krankenhäuser privatisieren – mit Erlanson konnte man die Alternativen der LINKEN personalisieren.

Klaus-Rainer Rupp von der LINKEN sprach als Selbstständiger Ingenieur ganz andere Wählerkreise an. Rupp engagiert sich seit vielen Jahren für DIE LINKE und ist ehrenamtlicher Finanzreferent bei attac.

Mit Monique Troedel konnte eine erfahrene Gewerkschafterin und Betriebsrätin der Bremer Tageszeitungen gewonnen werden.

Inga Nitz brachte ihre Erfahrungen aus Sozialamt und BaGis (so der Name der Bremer Arbeitsgemeinschaft aus Agentur für Arbeit und Kommune) ein. In einem Interview mit der Jungen Welt machte man sich Mut mit dem Satz, man habe „eine superattraktive Liste“.

Auf einem Großflächenplakat konnte man die sechs Spitzenkandidaten sehen mit der Überschrift

Mindestlohn – Aktionsthema der LINKEN

Die soziale Frage war in Bremen in 12 Jahren großer Koalition aus CDU und SPD unter die Räder gekommen. Man beklagte sich über die PISA-Ergebnisse und kürzte gleichzeitig im Bildungsbereich. Man erzwang Umzüge von Hartz-IV-Empfängern und wusste keine Antworten, wie man die immens hohe Arbeitslosigkeit, fast 19 Prozent werden allein in den offiziellen Statistiken ausgewiesen, bekämpfen kann. Stattdessen setzte man Millionen mit Prestigeprojekten wie einem SpacePark und einem MusicalCenter in den Sand. Das hochverschuldete Land wurde einem hilflosen Sparkurs unterworfen, der die Schulden nicht minderte, aber die Chancen vieler Bremerinnen und Bremer drastisch verschlechterte. SPD-Spitzenkandidat Jens Böhrnsen und sein Regierungspartner von der CDU Röwekamp stellten eine Politik des „Weiter so“ zur Wahl. Erst gegen Ende der Kampagne entdeckte die Bremische Sozialdemokratie scheinbar ihre soziale Wurzel wieder und machte einen gesetzlichen Mindestlohn zum Wahlkampfthema. Bei der Vorstellung einer Unterschriftensammlung waren die ersten, die sich mit diesem neuen Ziel der SPD solidarisieren wollten etliche Menschen mit roten Westen und ebenso roten Umhängetaschen. Doch DIE LINKE war beim Wahlspektakel der SPD unerwünscht – der Presse fiel auf, dass die SPD sich eines Themas der LINKEN bedient hatte. Sogar die CDU wollte bei so viel plötzlich über Bremer hereinbrechender



sozialer Wärme nicht abseits stehen und versprach per Plakat 7,50 Euro Mindesteinkommen – eine Umschreibung alter Kombi-Lohn-Hüte. Die Tatsache, dass Mindestlohn-Aktivist Böhrnsen Angestellte im eigenen Rathaus mit 7,02 Euro abpeiste entlarvte die Kampagne als Heuchelei. Das 11-Punkte-Programm der LINKEN schien vielen schon im Wahlkampf ehrlicher und konsequenter. Ebenso das Engagement für ein Sozialticket und für einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine hatten bei ihren Besuchen in Bremen und Bremerhaven eine veränderte Atmosphäre bemerkt. Doch ob all die Plackerei und Argumentation an Infoständen und auf Wahlpodien für ein Wunder von Bremen reichen würde?

Ab jetzt – sieben LINKE machen die Musik

Ein sichtlich gerührter Bodo Ramelow rief nach dem euphorisch bejubelten Einzug der Kandidatinnen und Kandidaten ins Konsul-Hackfeld-Haus in die Menge „das Wunder von Bremen im örtlichen CVJM-Haus, das ist schon ein Zeichen für die neue LINKE.“ Milde grinsend wurde die Botschaft aus Berlin zur Kenntnis genommen, Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch habe gerade größtmäßig die 2-Meter-Marke genommen und viele Aktive der LINKEN waren sichtlich gerührt, dass es nach so vielen Anläufen endlich geklappt hatte. „Gregor Gysi musste sich hier bei seinem ersten Auftritt beschimpfen lassen“ – die Freude über das bundesweite Signal für die neue LINKE war gemischt mit vielen Erinnerungen. Während die Freudenstränen langsam trockneten und am Ende sogar der Sekt knapp wurde, mahnten einige Partyteilnehmer an, DIE LINKE solle nicht die Fehler anderer Parteien begehen und vergessen, warum sie gewählt wurde. Und die ersten Termine für die sieben Mitglieder starke Fraktion standen schon am frühen Montagmorgen an. Die Mühen der Ebene begannen schnell – nach dem Wunder von Bremen haben sie Musik zu machen.

Christoph Nitz, Berlin

Aktion der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zum Tag der Befreiung Brandenburger Erde kam in den Reichstag



8. Mai 2007: Lothar Bisky, Diana Golze, Dagmar Enkelmann, Wolfgang Neskovic und Kirsten Tackmann (v. l.) verteilen am Tag der Befreiung vom Faschismus im Innenhof des Reichstags am Denkmal „DER BEVÖLKERUNG“ Brandenburger Erde

Mit einer besondere Aktion machte die Brandenburger Landesgruppe der Bundestagfraktion DIE LINKE. auf den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Faschismus aufmerksam. An diesem Tag haben alle fünf Abgeordneten der Gruppe – Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann, Diana Golze, Wolfgang Neskovic und Kirsten Tackmann – um 12.30 Uhr im Reichstag das Kunstwerk „DER BEVÖLKERUNG“ mit Heimat Erde aus sieben symbolträchtigen Orten ihres Bundeslandes aufgefüllt.

Die von den Abgeordneten mitgebrachte Erde entspricht dem Anlass des Tages. Sie stammt aus der Gedenkstätte Belower Wald bei Wittstock, den Seelower Höhen sowie fünf Außenlagern des KZ Sachsenhausen in Bad Saarow (Waldfriedhof), Beeskow (Friedhof an der Storkower Straße), Brieskow-Finkenheerd, Eisenhüttenstadt (Platz des Gedenkens) sowie Fürstenwalde (ehemalige Tischlerei in der Lindenstraße 31).

„Mit dieser Aktion wollten wir gemeinsam ein Zeichen des Gedenkens an die Opfer von Nazibarbarei und Krieg setzen und uns zugleich gegen neuen Faschismus und Rechtsextremismus in Deutschland wenden“, erklärten die Bundestagsabgeordneten, das Anliegen. Die Abgeordneten folgten der Einladung, bei der Installation des Kölner Künstlers Hans Haacke „DER BEVÖLKERUNG“ im Innenhof des Reichstags auf der Fläche Erde aus ihren Wahlkreisen auszustreuen.

Lothar Bisky brachte Erde aus Orten seines Wahlkreises ein:

■ Bad Saarow, Waldfriedhof

Auf dem Waldfriedhof steht das Mahnmal des Bildhauers Kurt Schulze. Es erinnert an die KZ-Opfer des Außenlagers des KZ Sachsenhausen, das vom Sommer 1943 bis 15. April 1945 in Bad Saarow errichtet war. Etwa 700 männliche Häftlinge waren hier für Arbeiten der SS-Bauleitung „Reich-Nord“ und „Kurmark“ und in weiteren SS-Dienststellen eingesetzt.

■ Beeskow, Friedhof an der Storkower Straße

Auf dem Friedhof an der Storkower Straße liegen sieben Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Litauen und sechs aus Polen begraben

■ Brieskow-Finkenheerd

Zum Ausbau der „Märkischen Elektrizitätswerke“ wurde im Jahr 1941 in Finkenheerd ein Zwangsarbeiterlager eingerichtet. Es war ein Lager für jüdische Gefangene und die Belegung betrug zwischen 400 und 800 Gefangene.

■ Eisenhüttenstadt, Platz des Gedenkens

Auf dem „Platz des Gedenkens“ ruhen die sterblichen Überreste von 4 109 Kriegsgefangenen, die aus den Massengräbern des „Seelas



Denkmal „DER BEVÖLKERUNG“ im Innenhof des Reichstags Quelle: www.bundestag.de

Hof“ und des Kriegsgefangenenlagers „Stalag III B“ dorthin umgebettet worden sind. Die Gefangenen waren in dem Fürstenberger „Industriegelände“ inhaftiert. Über das Außenlager des KZ Sachsenhausen an dieser Stelle ist wenig bekannt. Es bestand vom Sommer

1944 bis zum Februar 1945 und war mit etwa 150 Frauen aus dem KZ Ravensbrück belegt, die Rohstoffe sammeln und Altmetall und Flugzeugreste verarbeiten mussten.

■ Fürstenwalde, ehemalige Tischlerei in der Lindenstraße 31

1943 wurde in der stillgelegten Tischlerei in der Lindenstraße 31 ein KZ-Außenlager eingerichtet, welches dem Stammlager Buchenwald zugeordnet und anfangs mit zehn, später mit 90 Häftlingen belegt war. Sie mussten Fenster, Küchenmöbel und Häftlingsspindel für das KZ-Außenlager in Müllrose herstellen und wurden nach Auflösung des Lagers 1943 in das weitere Außenlager in Fürstenwalde-Ketschendorf überstellt. Auch von hier haben wir Erde entnommen. Das Außenlager in Ketschendorf wurde nach 1945 als NKWD-Lager weiter geführt. Häftlinge des KZ-Außenlagers in Ketschendorf dienten vor allem zum Bau von Befestigungsanlagen und der Führerbunker im Bereich des äußeren Rings um Berlin. Dazu gehörte auch der Führerbunker „Fuchsbau“ nahe Fürstenwalde.



In Fürstenwalde, Beeskow, Eisenhüttenstadt und Erkner (Fotos Jürgen Strauß, Erkner) folgten Bürgerinnen und Bürger den Aufrufen der Linkspartei.PDS zum mahnden Gedenken am 8. Mai 2007, dem 62 Jahrestag der Befreiung vom Faschismus



Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Über 100 Gäste gedachten mit der Linkspartei.PDS Woltersdorf des Tages der Befreiung Deutschlands. Zur Gedenkstunde am Sowjetischen Ehrenmal hatte geladen die Regionale Initiative zur Wahrung des Andenkens der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallenen Sowjetsoldaten. Es sprach Dagmar Enkelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir gedenken in diesen Tagen des 62. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Wir gedenken der Millionen Opfer, die der vom Hitlerfaschismus entfesselte Krieg unter den Völkern Europas forderte; wir gedenken der Toten auf den Schlachtfeldern, in den Konzentrationslagern und unter der Zivilbevölkerung. Glaubt man heutigen Geschichtsbüchern, haben Generäle den Krieg geführt oder geniale Feldherren die Kämpfe entschieden. An diesem Ort gedenken wir besonders der Menschen, die fern ihrer Heimat hier ihr Leben ließen, um auch den Deutschen den Tag der Befreiung zu bringen. Allein die Schlacht um Berlin kostete 20000 Rotarmisten das Leben – das nahende Ende des Krieges vor Augen. Wir wollen heute vor allem an den Soldaten erinnern, der nichts anderes wollte, als die Faschisten aus seiner Heimat zu vertreiben und wieder zu seiner Familie zurück zu kehren. Diese Sehnsucht nach Frieden ist in den Gedichtzeilen „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ von Jewgeni Jewtuschenko treffend ausgedrückt.

Ja, seit mehr als 60 Jahren können wir, können unsere Kinder und Enkel in Ruhe

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

*Befrag die Stille, die da schweigt
im weiten Feld, im Pappelbain,
Befrag die Birken an dem Rain.
Dort, wo er liegt in seinem Grab,
den russischen Soldaten frag!
Sein Sohn dir drauf Antwort gibt:
Meinst du, die Russen woll'n, ...*

*Nicht nur fürs eig'ne Vaterland
fiel der Soldat im Weltenbrand.
Nein, daß auf Erden jedermann
in Ruhe schlafen gehen kann ...*

schlafen. Angst vor Kriegen kennen sie nicht. Unser Land ist nicht von Feinden, sondern von freundschaftlich verbundenen Staaten umgeben. All das wäre ohne die historische Tat der Roten Armee und ihrer Verbündeten nicht möglich gewesen. Mit wachsendem zeitlichem Abstand können wir immer besser ermessen, welche große Bedeutung dieser Sieg hatte. Er brachte uns den Tag der Befreiung und eröffnete Europa die Chance zu einer dauerhaften friedlichen Entwicklung. Das darf nie vergessen werden! ...

Die Völker der Sowjetunion trugen die Hauptlast des Krieges, den höchsten Blutzzoll zahlte die Sowjetarmee. Geschichtliche Tat-

Rudolf Härtl, Strausberg, Vorsitzender der Regionalen Initiative dankt allen Erschienenen für ihre Blumengaben. An seiner Seite Oberst i.G. Oleg Fedotov, Botschaft der Republik Belarus und Oberstleutnant Wladislaw Sasonnikow, Botschaft der Russischen Föderation

Foto: Manfred Schulze

sache ist auch: Erst die gemeinsame Anstrengung der Völker in der Anti-Hitler-Koalition vermochte, den Faschismus in Deutschland zu besiegen. An der Schlacht um die Seelower Höhen nahmen auch 9000 polnische Kämpfer teil, von denen 5000 fielen. Im Kampf gegen den Faschismus machte der Tod keine Unterschiede. Indem wir hier die Sowjetsoldaten ehren, gedenken wir zugleich all derer, die Widerstand gegen die Nazis leisteten.

Liebe Freunde, die Erinnerung an die Vergangenheit wach zu halten, ist für mich eine Herzensangelegenheit. Dabei gilt es, besonders die Jugend zu gewinnen ... Wie hat es der kürzlich leider verstorbene Kurt Kretschmann aus Bad Freienwalde, selbst 1945 Wehrmachtsdeserteur und Nestor des deutschen Naturschutzes, so nachdrücklich formuliert: „Zwölf Jahre Faschismus. Millionen verloren

Ein solches Verbrechen hat es zuvor noch nicht gegeben. Nie dürfen wir vergessen, wer der Schuldige war, was damals unter Hitler geschah.“ Ja, wir dürfen nicht vergessen, wer Hitler an die Macht gebracht hat. Die Versuche hören nicht auf, die geschichtliche Wahrheit über die Nazizeit zu verfälschen ...

Rechtsextremisten und Neofaschisten spekulieren aufs Vergessen und wollen die Geschichte umschreiben. Dabei gehen sie immer dreister vor. Ob in Brandenburg, Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, ob NPD, DVU, Kameradschaften – Rechtsextreme versuchen zunehmend, den normalen Alltag zu bestimmen. Mit demokratiefeindlichen, völkerverhetzenden Parolen versuchen sie, in die Köpfe der Menschen zu kommen. Sie organisieren Volksfeste oder unterwandern soziale Einrichtungen. Sie wollen die Lücken füllen, die Sozialabbau und klamme kommunale Kassen reißen. Dem Rechtsextremismus müssen wir uns bewusst entgegen stellen. Das sind wir auch den Millionen Soldaten schuldig, die für unsere Befreiung kämpften und starben. Uns würde niemand verzeihen, wenn im Land der Hitler, Himmler und Görings Neofaschisten Macht und Einfluss bekämen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, das Vermächtnis der Sowjetsoldaten zu wahren, heißt auch, sich aktiv für den Frieden einzusetzen. Gerade die deutsche Nation, die die Welt in zwei verheerende Weltkriege stürzte, steht in besonderer Verantwortung für eine friedliche Welt. Die Bundesrepublik ist schon von Rechts wegen dazu verpflichtet, zum Frieden beizutragen. Im Grundgesetzartikel 26 heißt es: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören ... sind verfassungswidrig.“ Dieses Gebot wurde von Rot-Grün missachtet. Die Große Koalition höhlt es weiter aus. Mit der Entscheidung zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan, erst recht mit der jüngsten Entsendung der Tornados, verstieß und verstößt die Bundesregierung gegen das Grundgesetz. Ich bin gegen den Einsatz der Tornados in Afghanistan. Aufklärung, um eine höhere Treffsicherheit erreichen zu können,

**Der Frieden ist das kostbarste Gut.
Tun wir alles, um ihn zu bewahren!**

ist Teil militärischer Kampfhandlungen ...

Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt – nein, unser Land wird unverantwortlich in ein militärisches Abenteuer hineingezogen. Wir LINKE sagen „Nein“ zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wir verlangen von der Bundesregierung eine völlige Entmilitarisierung der Außenpolitik. Wir wenden uns auch gegen die Pläne der USA, Europa mit einem Raketenabwehrschirm zu überziehen. Es ist nur zu verständlich, wenn sich Russland durch solche Pläne in seiner Sicherheit bedroht sieht ... Abrüstung beruht auf gegenseitigem Vertrauen und Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen der anderen Seite ... Diese Stationierungspläne dürfen nicht verwirklicht werden. Es darf keine neue Spirale des Misstrauens und des Wettrüstens in Europa geben. Die Zeiten des Kalten Krieges dürfen nicht wiederkehren ... Für uns LINKE sind Rüstungsausgaben keine Investitionen, sondern überflüssige Relikte des Kalten Krieges. Die Mittel sollten in die Entwicklungshilfe und den Zivilen Friedensdienst gesteckt werden.



Die Lehre der Geschichte ist: Die Anwendung militärischer Gewalt fällt früher oder später auch auf denjenigen zurück, der sie einsetzt. Wer andere Länder überfällt oder bombardiert, der wird selbst keinen inneren Frieden finden. Krieg darf, wo auch immer auf der Welt, kein Mittel der Politik sein. Der Frieden ist das kostbarste Gut. Tun wir alles, um ihn zu bewahren!



Eigentlich müsste der Staatsschutz, mit dem Innenminister an der Spitze, aufmerksam jeden Schritt dieses Mannes beobachten, denn hier handelt es sich doch zweifellos um einen Staatsfeind, der mit seinem Programm das Land Baden-Württemberg regiert. Aber die praktisch orientierten Gedanken, Schritte und Entscheidungen dieses Kämpfers für mehr Freiheit werden von der Mehrheit der Herrschenden durchaus wohlwollend betrachtet und geduldet ...

Völlig ohne Not hielt er eine Jubelrede auf einen seiner Vorgänger, machte aus dem faschistischen Blutrichter bzw. Ankläger Hans Filbinger einen „Gegner der Diktatur“.

Dies war kein Ausrutscher und auch nicht nur parteitaktisches Kalkül, um am rechten Rand CDU-Stimmen zu gewinnen. Diese Rede enthüllte zutiefst verinnerlichtes rechtes Denken. Aber die deutsche Gesellschaft steht (noch?) nicht so weit rechts, um so etwas (auch im Hinblick auf die außenpolitische Wirkung!) einfach durchgehen zu lassen. Es gab einen Sturm der Entrüstung.

Das veranlasste ihn eine Erklärung zu veröffentlichen, in der er entstandene Missverständnisse bedauerte, ohne seine kritisierten

Äußerungen zurückzunehmen. Das machte die ganze Sache nur noch schlimmer, obwohl einige seiner rechten Gesinnungsgenossen sehr zufrieden waren und glaubten die Lage damit beruhigen zu können und ihn aus der Schusslinie zu ziehen.

Das klappte diesmal aber nicht.

Oettinger, der anfangs trotzig zu seiner Rede stand, ist inzwischen zum größten Bedauer und Opfer von Missverständnissen geworden. Er spricht und verspricht alles, nur um seine Stellung zu halten. Er gibt als Zerknirschter ein jämmerliches Schauspiel, wobei immer wieder zu erkennen ist, dass er seine rechten Grundüberzeugungen nicht bedauert, wohl aber, dass er sie öffentlich machte. Ich schließe mich der Meinung von h.c. Schütt („ND“, 24. 4. 2007) an: „Oettinger hat sein Gesicht in dem Moment verloren, als er sich krampfhaft bemühte, es zu wahren. Seit er sein Gesicht verlor sieht er aus wie viele. Man sieht es an deren zufriedenen Masken. Das ist so ekelhaft, dass einem der reuevolle Politiker noch unangenehmer ist als jener, der Filbinger in Schutz nahm.“

Reinhard Bogner
aus „Brennmesel“, Mai 2007

Also sprach Günther Oettinger:

Wir müssen die Wirtschaft entlasten. Also brauchen wir mehr Freiheit und weniger Staat.

Befreiung und Begnadigung

Am Vorabend des Tages der Befreiung Deutschlands vom Hitler-Faschismus ist es wichtig daran zu erinnern, wie die bundesdeutsche Justiz mit den verurteilten Kriegsverbrechern umgegangen ist. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages teilte mir nach längerer Recherche mit:

Von den 24 Kriegsverbrechern, die in Nachfolgeprozessen unter der Leitung der US-amerikanischen Militärgerichte in Nürnberg in der Zeit von 1947 bis 1949 zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, wurden 63 Prozent begnadigt. Von den 158 Kriegsverbrechern, die von der westdeutschen Justiz zu lebens-

langer Haft verurteilt wurden, wurden 41 Prozent begnadigt.

Es ist sinnvoll – nicht nur am Tag der Befreiung vom Faschismus – über solche Fragen zu informieren und zu diskutieren, dann kann man auch die Geschichtsklitterung von Ministerpräsident Oettinger im Fall Filbinger besser einordnen.

Als nächstes werde ich ermitteln lassen, welche der begnadigten Kriegsverbrecher sich bei den Hinterbliebenen der Opfer für seine Taten entschuldigt haben.

Gesine Löttsch, MdB, stellvertretende
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

Jobs an der Kletterwand

Im Zentrum der Stadt Frankfurt (Oder), die sich eher mit Negativschlagzeilen bemerkbar macht, als mit erfreulicheren Nachrichten, durften Anfang Mai Interessenten an einer Kletterwand versuchen hochzukommen.

Mit Arbeit Lebensunterhalt zu verdienen, wird bekanntlich immer schwieriger. Die Kletterwand war für zwei Tage aufgestellt worden, von der Bundeswehr, ein Vorgang von ungeheurer Symbolkraft. Die Werber dieses Unternehmens boten Arbeitsplätze an und verpackten ihre Offerten in verheißungsvolle Karrieren. Die Rede war von jährlich zu besetzenden 20000 Stellen, verbunden mit dem Angebot beruflicher Erst- oder Folgequalifikation. 20000 Stellen Ersatzbedarf jährlich! Die Bundeswehr vielleicht doch ein Verschleißunternehmen?

Über 9000 Soldatinnen und Soldaten sind im Auslandseinsatz als so genannte Friedensstifter. Und weil es einfach nicht gelingen will, mit Waffen Frieden zu stiften, erleben sie Krieg. Kehren sie körperlich unversehrt zurück, leiden viele von ihnen ernsthaft psychisch. Sie sind krank gemacht worden, weil Deutschland endlich wieder

dabei sein darf, wenn es um Krieg geht. Sie wurden gelockt mit Job, Verdienst und Karriere, und belogen wurden sie. Die Lügner sind jene, die einfach ignorieren, dass drei Viertel aller Deutschen nicht glauben, Bundeswehreinheiten im Ausland könnten dazu beitragen, die Bundesrepublik sicherer zu machen. Die Mehrheit der Berufssoldatinnen und -soldaten, 70 Prozent, meinen, die Politik vermittele den Sinn von Auslandseinsätzen nicht richtig. (Vgl. Befragung der Universität Passau unter 45000 Mitgliedern des Bundeswehrverbandes.) Die da so infam lügen, sind aber auch die, die im Bundestag vehement dafür auftreten, dass Deserteure der Hitlerwehrmacht „Kriegsverrat“ begangen hätten und dass „der Verräter (...) in diesen Fällen auch nach unsren heutigen Maßstäben verwerflich gehandelt (hat)“.

Es sind sicher nicht wenige, die, um dem immer stärker werdenden sozialen Druck auszuweichen, dem „Arbeit“geber Bundeswehr auf den Leim gehen. Zu begreifen ist das und umso gemeiner ist das Werben von Söldnern mit Kletterwänden.

gh

Dringliche Einladung des Friedenshauses Denk mal Am Wall in Eisenhüttenstadt an alle Friedensfreunde des Oderlandes und darüber hinaus zum

I. Oderland-Friedenssymposium Frieden – Keine Utopie



**Samstag, 23. Juni 2007 • Beginn 9.00 Uhr • in Ratzdorf
Europäisches Begegnungszentrum am Oder-Neiße-Zusammenfluss**

Nach einführenden Beiträgen zum Zusammenhang zwischen Wohlstand und Frieden, zwischen Arbeitslosigkeit und Not, Umweltzerstörung, und Krieg, bitten wir Deutsche und nichtdeutsche, Schüler und Lehrer, Umweltschützer und Musiker, Maler und Dichter, Christen, Andersgläubige und Atheisten, Wehrdienstverweigerer und Armeeingehörige, Abgeordnete in Stadt und Land, Journalisten und jeden einzelnen Friedensfreund, ob Jung oder Alt, ob Mann oder Frau, von ihren Bemühungen um den kleinen und großen Frieden zu berichten.

Dass wir erfahren: Was hat der Einzelne getan, dass Frieden ist. Was hat er versucht und was hat er erreicht im Kleinen oder Großen, allein oder in einer Gruppe. Welches waren die Hindernisse? Friedenstexte und Friedenslieder, Bilder von einer friedlichen Welt, Friedensprojekte und Briefe an die Obrigkeit, Aufrufe, die Welt zu erhalten, die Felder friedlich zu nutzen, Bemühungen und Erfolge, Hindernisse und mögliche Wege, sie zu überwinden.

In einer abschließenden Presseerklärung formulieren wir die aus dem Symposium erwachsenen Erkenntnisse und Aufgaben sowie Maßnahmen zur Weiterführung der gemeinsamen Friedensarbeit.

Wir bitten alle Bewohner des Oderlandes diesseits und jenseits des Flusses, dass wir das große Friedensprojekt beginnen.

In unserer Stadt fangen wir an. Dass wir einander kennen lernen und unsere Kräfte bündeln und gemeinsam den Frieden erzwingen, der Voraussetzung ist für das Leben.

Nur vereint werden wir den Schwur einlösen und unsere Träume wahr machen:

Denn Frieden ist keine Utopie. Frieden ist machbar.

- Referat Wolfgang Gehrcke, MdB Fraktion DIE LINKE. Sprecher für internationale Beziehungen
- Referat Rüdiger Fischer, Jugendoffizier Strausberg
- Referat Tommy Spree, Anti-Kriegs-Museum e. V. Berlin
- Referat Herr Bittner, ev. Nikolaikirche Eisenhüttenstadt (angefragt)

Es laden ein:

Friedenshaus Denk mal am Wall,
Eisenhüttenstadt, Europäisches
Begegnungszentrum Oder-Neiße e.V.

Anmeldung an:

Friedenshaus Denk mal Am Wall
Wallstraße 14
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. (033 64) 74 02 21 oder
Mechthild Tschierschky, (03 36 53) 52 78

Der Klimawandel und die G8



Die G8-Staaten:

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA

Der Autor Marko Ferst ist

Foto: Marko Ferst im Präsidium des Forums „Linke in Regierungen zwischen Anspruch und realem Handeln“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4.2.2007



Der G8-Gipfel symbolisiert in prominenter Weise das aktuelle Weltwirtschaftssystem und die zahlreichen Umweltsünden, die sich aus ihm ergeben, sind Teil dieser Entwicklungsrichtung. Nicht zuletzt diese acht einflussreichen Länder treiben das neoliberale Modell voran, sorgen für eine zunehmend größere Spaltung zwischen arm und reich. In Zusammenarbeit mit Weltbank, IWF und WTO führen sie die weltweite Privatisierung und gleichzeitige Deregulierung voran, und müssen zunächst die Logik ihrer Politik grundlegend korrigieren, bevor man Ihnen in irgendeiner Weise Vertrauen schenken könnte.

Ohne wirksamen Klimaschutz und Umweltvorsorge in allen Bereichen der Gesellschaft, wird der Grundstein für extreme soziale Verwerfungen gelegt, die uns schon mittelfristig bevorstehen könnten. Die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels stehlen sich aus der Verantwortung und es wird nicht reichen, wenn wir aus Heiligendamm im Juni 2007 Lippenbekenntnisse ohne weitgehende praktische Folgen zu hören bekommen. Das CO²-Reduktionsziel der EU von 20 Prozent ist völlig unzureichend. Dies wird auf der Ausgangsbasis von 1990 berechnet. Damit ist der größte Teil dieses Ziels längst erreicht durch die drastischen Rückgänge in Osteuropa.

Bandbreite der Umweltverhandlungen international ausweiten

Aus der Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums zum Umweltministertreffen im März 2007 in Potsdam liest sich heraus wie schwierig Veränderungen in den G8-Ländern

sind: für einen echten Durchbruch muss die Bandbreite internationaler Umweltverhandlungen vergrößert werden. Die Erklärung zur biologischen Vielfalt enthält dringend überfällige Forderungen. Der illegale Handel mit seltenen Arten muss ausgetrocknet werden, illegaler Holzeinschlag besonders in den Regenwäldern unterbunden, invasive Arten, die die heimische Artenvielfalt bedrohen, sind zu stoppen.

In den letzten 15 Jahren verschwand eine Regenwaldfläche dreimal so groß wie Deutschland. Bisher ist nicht erkennbar, dass die Weltgemeinschaft ernsthaft diesen Aderlass stoppt oder deutlich verlangsamt. Mit dem rasanten Verschwinden der Regenwälder und immer mehr durch den Klimawandel ausgebleichten Korallenriffen verlieren wir die beiden artenreichsten Refugien des Planeten und damit die „Kinderstuben“ der Evolution. Prof. Wolfgang Engelhart errechnet allein anhand der Vernichtungsrate des Regenwaldes bei angenommen 10 Millionen Arten insgesamt eine tägliche Aussterberate von 370 Tier- und Pflanzenarten.

G8-Treffen in Heiligendamm muss Klimakrisengipfel werden

Der G8-Gipfel in Heiligendamm sollte ein Klimakrisengipfel werden, auf dem ernsthafte Bemühungen zur Klimagasreduktion in allen beteiligten Ländern beraten werden. Für

Deutschland hieße dies z.B., dass man gegenüber 1990 mindestens 40 Prozent der Treibhausgase bis 2020 einspart, so wie dies die Umweltverbände fordern. Schritt für Schritt muss eine Lebens- und Arbeitsweise vorbereitet werden, die frei von klimarelevanten Emissionen ist. Global gesehen sind aber die Kohlendioxidemissionen von 2000 bis 2007 um nahezu 20 Prozent gestiegen.

Solange man eine Perspektive anstrebt, wie im Kommuniqué des Gleneagler G8 Gipfels zu „Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung“ nachzulesen, die auf ein „starkes Wirtschaftswachstum“ setzt und man mit einem globalen Energiebedarf rechnet, der bis 2030 noch einmal um 60 Prozent steigen würde, wird am Ende der Untergang der heutigen Zivilisation stehen. Energieeffizienz und erneuerbare Energien, schadstoffarme Fahrzeuge u.a. werden im dazugehörigen Aktionsplan zwar erörtert, doch konkret messbare Vorgaben und Ziele fehlen. Zudem – auf einer endlichen Erde bei begrenzten Rohstoffvorräten ist ein andauerndes Wirtschaftswachstum schlicht unmöglich. Als erstes wird es uns beim Öl treffen. Das Angebot wird unter die steigende Nachfrage sinken und damit samt spekulativen Effekten Erdöl unaufhörlich teurer werden lassen. Je nach Steigerungsrate beim Verbrauch reichen die Vorräte nur noch 30-40 Jahre, sind aber schon zwischen 2010 und 2020 nicht mehr in der gewünschten Menge verfügbar. Die militärische Sicherung des Ölnachschubs für einige Industriestaaten, G8-Staaten sind daran maßgeblich beteiligt, schafft auf destruktive Weise immer neue Konfliktzonen. Kraftstoffe, die aus Pflanzen hergestellt werden, treten mit der Ausweitung der Anbauflächen in Konkurrenz zu Nahrungspflanzen und sorgen damit für eine

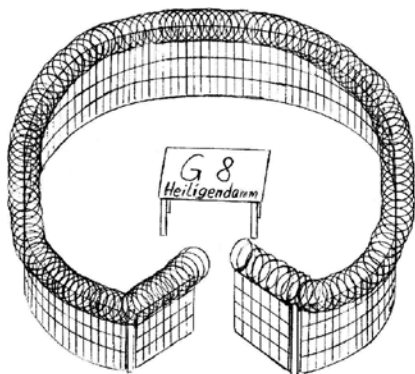
zunehmende Knappheit bei bestimmten Lebensmitteln, die für die Ärmsten in vielen Ländern der Erde immer schwerer erschwinglich werden.

100 Prozent erneuerbare Energien notwendig

Die G8 müssten auf eine solare Energiewende hinarbeiten. Mehr Energiesicherheit ist nur mit einem konsequenten Kurs auf 100 Prozent erneuerbare Energien zu erreichen bei energischen Anstrengungen Energie effizienter zu nutzen bzw. einzusparen. Dort heißt die Richtung Faktor Zehn an Einsparpotential. Erdöl und Erdgas, Kohle und Uran müssen bei etlichen Ländern der G8 für teure Finanzen eingeführt werden - Wind, Biomasse, Sonne, Wasser und geothermische Kräfte haben diesen Nachteil nicht. Atomenergie kann bei schweren Unfällen ganze Staaten durch den radioaktiven Niederschlag in den Ruin treiben und ein AKW-Neubau ist unter den heutigen Marktbedingungen ökonomisch unrentabel. Die Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll, der über etliche Millionen Jahre abgeschirmt von der Biosphäre gelagert werden muss, stellt ein Himmelfahrtskommando dar.

Personen- und Güterverkehr auf die Schiene

Wir bräuchten eine grundlegende Verkehrswende. Nicht nur das 3-Liter-Auto und künftig noch weniger Kraftstoffverbräuche wären anzustreben, sondern der Güterverkehr muss auf die Schiene. Viele Produkte wären wieder in der Region selbst herzustellen und gehören nicht über tausende Kilometer hin- und hertransportiert. Der öffentliche Verkehr darf nicht immer weiter ausgedünnt werden, sondern gehört ausgebaut.



**Lasst sie ruhig rein,
aber nie wieder raus!**

Die Trägheitskräfte sind geschichtlich beispieldios sowie das Abwarten und Verzögern, dass die G8-Staaten vorführen, wird seinen Preis haben. Die USA haben nicht mal das Kyotoabkommen unterzeichnet. Immer deutlicher zeichnet sich ab, der Klimawandel vollzieht sich viel schneller als Politik und Gesellschaft zu handeln bereit sind. Viele Effekte sind schon längst unvermeidlich geworden, weil 20 Jahre lang mit offenen Augen geschlafen wurde. Es ist notwendig, den nicht mehr abwendbaren Anteil der Erderwärmung in politische Folgerungen zu übersetzen. Alle Maßnahmen bei Infrastruktur, Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und in der Landschaftspflege etc. sind zu überprüfen. Sie müssen so angelegt sein, dass durch sie in den kommenden Klimaveränderungen keine zusätzlichen Nachteile entstehen und dies könnte man durch Anhörungsverfahren versuchen umzusetzen.

Die schlimmsten Folgen des Klimawandels werden aber weniger die G8-Staaten zu tragen haben, sondern die Menschen in den ärmeren Staaten. Die zunehmende Dürre in Afrika zwingt immer mehr Menschen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Das sich verändernde Klima raubt ihnen die Existenzgrundlagen. In Entwicklungsländern weiten sich extreme Unwetter viel schneller zu Katastrophen aus. Für Europa geht gerade einer der wärmsten Winter zu Ende und es beginnt der Sommer im Frühling. Damit endlich die Zeichen auf Grün gestellt werden für nachhaltigen Klimaschutz, dafür müssen auch die Protestler und Protestlerinnen bei ihren Kundgebungen und Workshops gegen den G8-Gipfel vollen Einsatz zeigen.

Marko Ferst, Gosen

mehr über die Proteste zum G8 Gipfel:
<http://www.gipfelproteste-dielinke.de/gipfelproteste/index.htm>; „tarantel“, Nr. 37, Juni 2007

Lebe den Widerstand – 20 000 CDs gegen 8 Staatschefs!

Zur Mobilisierung junger Menschen gegen den G8-Gipfel im Juni wird der Jugendverband [solid] 20000 CDs mit globalisierungs- und gesellschaftskritischer Musik sowie mit Infos über die G8 kostenlos an Jugendliche verteilen.

Die Künstlerinnen und Künstler haben bereits zugesagt, jetzt benötigt die Projektgruppe Spenden zur Finanzierung der Produktion. Wie schon beim antifaschistischen CD-Projekt „aufmucken gegen rechts“ will [solid] mit kritischer Musik sehr viel mehr

Jugendliche erreichen als mit normalen Mitteln möglich ist.

Mit dabei sind The Busters, Rantanplan, Funny van Dannen, Dritte Wahl, Mellow Mark, Iriè Rèvoltès, Pyranja, Tequila and the Sunrise Gang und viele andere.

Zahlreiche Abgeordnete und Parteigliederungen der LINKEN haben bereits ihre Unterstützung zugesichert, doch für einen Erfolg werden weitere Spenden gebraucht.

Die Gesellschaft für politische Bildung stellt für Spenden unter dem Stichwort „G8-CD“ an das Konto Nr. 130019201 bei der Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) auf Wunsch Spendenquittungen aus.

Kontakt und mehr Infos: g8-cd@solid-web.de, Tel. (030) 24 00 94 19



Felix Pithan

G8 stoppen – eine andere Welt ist möglich

Mobilisierung zum Protest – am 2. Juni nach Rostock

Vierorts gibt es bereits lokale Bündnisse, die schon Fahrmöglichkeiten (Bus oder Zug) organisiert haben. Andere Orte sind noch nicht soweit, für diejenigen im Folgenden einige Tipps. Die meisten Fahrmöglichkeiten konzentrieren sich auf die Teilnahme an der Großdemo am Samstag, den 2. Juni in Rostock. Bitte informiert Euch vor Ort (z.B. bei attac, Gewerkschaften, Hochschulen) über den aktuellen Stand.

Sonderzüge

Unter der Adresse http://www.pds-rlp.de/g8/Streckenplan_Sonderzuege.pdf findet Ihr den Streckenplan des Sonderzuges von attac. Kaufen könnt Ihr die Tickets unter <http://www.attac.de/heiligendamm07/pages/gipfelproteste-2007/sonderzuege.php>.

www.attac.de/heiligendamm07/pages/gipfelproteste-2007/sonderzuege.php. Achtung! Die Sonderzüge fahren – nach bisheriger Planung – nur hin, die Rückreise muss individuell organisiert werden! Aus BaWü gibt es evtl. einen zusätzlichen Sonderzug von WASG und Gewerkschaften, der hin und zurück fährt (Kontakt: mitsch.thomas@web.de).

Busse

Zusätzlich zu diesen Sonderzügen wird es aus vielen Orten Busse geben. Falls es aus Eurer Stadt/Region noch kein Busangebot gibt, spricht bitte Bündnispartner an, um vor Ort gemeinsam Fahrmöglichkeiten für die Großdemo am 2. Juni zu organisieren. Potentielle Ansprechpartner sind attac-Gruppen, Gewerkschaften (und deren Jugendorganisationen), Hochschulgruppen, Schülerorganisationen, kirchliche-, Eine-Welt-, und Friedensinitiativen sowie Umwelt- und MigrantInnenverbände.

Stellt sich also nur noch die Frage: Wie organisiere ich einen Bus?

Zeitlicher Rahmen

Das Vorprogramm zur Demo beginnt am Samstag, den 2. Juni um 11 Uhr, die Demo um 13 Uhr. Für den Samstag selber ist ein großes Verkehrschaos zu erwarten. Bitte plant die Hinreise so, dass Ihr möglichst am frühen Morgen ankommt – so besteht eine ausreichende zeitliche Reserve für den weiteren Ablauf. Plant auch für die Rückreise zeitliche Verzögerungen ein. „Ab 19 Uhr“ – wie es im Programm heißt – kann bedeuten, dass Ihr erst um 23 Uhr auf der Autobahn



Heiligendamm

seid. Immerhin versuchen wir 100 000 Menschen zu mobilisieren!

Preise und Kosten

- Kalkuliert die Preise bitte so, dass Ihr keine hundertprozentige Auslastung des Busses braucht, um kostendeckend zu sein – Richtwert: 80 prozentige Auslastung.
- Vereinbart vorher, wie viel mit einem evtl. Defizit/finanziellen Verlust umzugehen ist. Wie viel Euro kann jede Gruppe maximal tragen. Aber auch: was macht Ihr mit einem Überschuss – eine kleine Party danach ...?
- Bietet nach Möglichkeit Fahrkarten zu unterschiedlichen Preisen an. Beispiel: 35,- Euro normal; 45,- Euro Soli-Preis; 25,- Euro ermäßigt. Zusätzlich könnt Ihr einen Topf bilden für ALG-II-Betroffene, die gar kein Geld übrig haben.
- Da es 50- und 70-sitzige Busse gibt, bietet es sich an, mit dem Busunternehmen abzusprechen, dass Ihr kurzfristig auch die jeweils andere Busgröße nehmen könnt.

Organisation und Koordination

- Für den Fahrkartenverkauf braucht Ihr eine Person, die kontinuierlich den Überblick behält. Beispiel: Ihr beschließt gemeinsam mit attac und einer Hochschulgruppe einen Bus zu mieten. Zu Beginn bekommt jede der beteiligten Gruppen ein bestimmtes Kontingent (z.B. von je 20 Fahrkarten bei drei Gruppen). Im weiteren Verlauf meldet jede Gruppe wöchentlich an einen KoordinatorIn, wie viele Tickets verkauft worden sind.
- Beim Verkauf der Fahrkarten ist Verbindlichkeit sehr wichtig – es geht um viel Geld.



G8: Die Deutung der Welt. – kritik, protest, widerstand. 98 Seiten, 4,50 € + Porto, Bestellung: fantomas@akweb.de

Nur Fahrkarten, die bezahlt worden sind, sind auch wirklich verkauft!

Öffentlichkeit und Werbung

- Euer genaues Angebot sollte Anfang/Mitte Mai stehen (Preise sowie Abfahrtszeiten und -orte).
- Macht Aushänge (Kultur- und Jugendzentren, Uni, Bioläden, Kneipen, Kinos), wo und wie Fahrkarten zu bekommen sind, geht an die örtliche Presse.
- Bei der Wahl des Busunternehmens könnt Ihr bei örtlichen Gewerkschaften nachfragen, welche Unternehmen diese sonst nehmen (Gewerkschaften haben teilweise Sonderkonditionen).

Sonstiges

- Einige Mitreisende möchten vielleicht länger in Rostock/Heiligendamm bleiben. Überlegt Euch, ob Ihr hierfür Sonderpreise anbieten möchtet.
- Für alle, die länger vor Ort bleiben möchten, sind Fahrräder das beste Verkehrsmittel. Manche Busunternehmen haben spezielle Anhänger für Fahrräder – das könnte ein interessantes Zusatzangebot sein.
- Last not least: Stellt Euer Busangebot in der bundesweiten Busbörse ein. So können auch Leute aus anderen Orten von Eurem Angebot erfahren. Demnächst unter www.heiligendamm2007.de zu finden

G8 stoppen – Menschen vor Profite!

Gutes Gelingen wünscht Euch Euer G8-Kampagnenteam

1.6 - 8.6.2007 AKTIONSWOCHE /// WEEK OF ACTION /// SEMAINE D'ACTION
G8-GIPFEL G8 SUMMIT HEILIGENDAMM / GERMANY / ALLEMAGNE
 SOMMET DU G8
 ANOTHER WORLD IS POSSIBLE
 INTERNATIONALE DEMONSTRATION
 INTERNATIONAL DEMONSTRATION ★ MANIFESTATION INTERNATIONALE
02. JUNI 2007 ROSTOCK
 INFO: WWW.HEILIGENDAMM2007.DE MUSIC: WWW.MOVE-AGAINST-G8.DE

Maifest 2007 in Beeskow

Linke Politik, Musik und Tanz begeisterte Gäste im Spreepark Beeskow

Wie in den vergangenen Jahren hatten wir als LINKE.PDS Beeskow gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di, IG Metall, der DGB-Ortsgruppe und dem BRH-Ortsverband Beeskow zum traditionellen Maifest eingeladen. Unser Programm, das schöne Wetter, aber sicher auch unser politisches Anliegen lockten viele Beeskower und Gäste aus der Umgebung auf den Platz und unters Festzelt im Spreepark Beeskow.

Als prominente Gäste konnten wir Stefan Sarrach als unseren Landtagsabgeordneten, Frau Rimpler von der Gewerkschaft ver.di und Andreas Kokolski vom Betriebsrat des Beeskower Glunz-Werkes (ehemals Spanplatte) begrüßen. Uns ging es gemeinsam um ganz aktuelle politische Probleme. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einem gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Die Möglichkeit, mit unseren Abgeordneten, mit Gewerkschaftern, den Vertretern des BRH, der Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht (GefAS) und der Beeskower Friedensinitiative, die alle mit Informationsständen vertreten waren, ins Gespräch zu kommen, wurde rege genutzt.

Die Vertrauensleute des Glunz-Werkes Ingrid Groß und Thomas Labitzke informierten

über die Tarifforderungen der IG Metall, denen sich die Glunzwerker angeschlossen haben. „6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt“ stand auf ihrer Info-Tafel. „Das ist absolut angemessen, wenn man berücksichtigt, dass das Unternehmen im letzten Jahr einen Zuwachs von 5 Prozent in der Produktion und 12 Prozent beim Gewinn hatte“ sagen sie und Andreas Kokolski bezeichnet in der Podiumsdiskussion das Arbeitgeberangebot von 2 Prozent als Provokation.

Lebhaften Zuspruch fanden unsere politischen Forderungen. Das zeigen die Ergebnisse unserer Unterschriftensammlungen. Für die Einführung eines Sozialtickets für sozial Schwache in Brandenburg, für die Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens gegen die NPD trugen sich über 300 Bürger in die Listen ein.

Von 10 bis 16 Uhr herrschte reges Treiben auf dem Festplatz. Zwei Stunden sorgte das Jugendblasorchester mit flotten Melodien für Stimmung. Erstmals trat der Beeskower Stadtchor auf unserem Fest auf und fand viel Beifall. Ein besonderer Besuchermagnet waren wie immer die „Oderhähne“. Mit ihren gesellschaftskritischen Texten trafen sie den

Das Jugendblasorchester der Kreismusikschule spielt im vollbesetzten Festzelt.

Frank Feist (l.), Gebietsvorsitzender Beeskow, im Gespräch mit Stefan Sarrach, MdL



Nerv der Leute. Schön waren die Tänze des DRK-Seniorentanzkreises, erfrischend und anrührend die Darbietungen des „Mixdorfer Schlaubegüttermels“ mit ihren farbenfrohen Tanzbildern.

Zum abwechslungsreichen Programm trugen die Kreativausstellung des Hauses der Generationen Weichensdorf, die Kinderbelustigung non stop der Clowns Freddi und Peppi, die Hüpfburg, das Ponnyreiten, die Bastel- und Malstraße des Beeskower Frauenladens und das Infomobil der Verkehrspolizei bei. Für Leseratten hatte die Buchhandlung Zweigart wieder einen Buchstand aufgebaut. Und natürlich ließen es sich viele Besucher auch

nicht nehmen, für eine Stunde vom Schiff aus die Landschaft bei schönstem Sonnenschein zu genießen, denn die „Schwiellochseeschiffahrt“ war auch in diesem Jahr wieder in Beeskow für uns vor Anker gegangen.

Die Familie Korn vom „Märkischen Biergarten“ sorgte in bewährter Weise für das leibliche Wohl. Dazu trug auch ganz entscheidend unser traditioneller Kuchenbasar bei. Von Jahr zu Jahr werden es immer mehr Spenderinnen, die zu seiner Vielfalt beitragen.

Wir möchten auf diesem Wege allen Spendern, Mithelfern und Gastgebern herzlich Danke sagen.

Edelgard Liebscher, Beeskow

1. Mai-Fest der Linkspartei.PDS Woltersdorf, Rüdersdorf und Erkner auf der Woltersdorfer Maiwiese

Fotos Jürgen Strauß



Künstlerische Darbietungen, angeregte Diskussionen am 1. Mai auch in Schöneiche

Auch in diesem Jahr fand die traditionelle 1. Mai Feier der Schöneicher Linkspartei.PDS auf dem Gelände der Kulturgießerei statt. Es war das siebte Mal, dass seit 2001 die Ortsgruppe der Linken.PDS zur Mai-Feier in Schöneiche einlud und auch in diesem Jahr kamen wieder sehr viele Bürger unseres Ortes und aus dem Umland.

Es wurde bei Kaffee und Kuchen, Bratwurst und Bier ein sehr schönes und niveauvolles Programm geboten. Die Trommler vom Gymnasium Rüdersdorf, die sich in der Zwischenzeit in „Maama?o“ umbenannt



Trommler des Heinitz-Gymnasiums-Rüdersdorf, Leitung Antje Knappe-Pech.

Foto: Maika Eberlein

haben, boten einen sehr stimmungsvollen Auftakt. Johanna Arndt und Ulf Lachmund fanden mit ihrem besinnlichen und humorvollen Programm großen Anklang beim Publikum. Die anschließende Diskussionsrunde zum Thema „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ mit Dr. Artur Pech (Linke.PDS, Mitglied des Kreistages Oder-Spree, Mitglied der Gemeindevertretung Schöneiche) und Dr. Philip Zeschmann (SPD, Vorsitzender der SPD/Schöneiche) regte viele Gäste zum mitdiskutieren an.

Ein kultureller Höhepunkt auch in diesem Jahr war wieder das Abendprogramm. Der Saal in der Kulturgießerei war krachend voll als die Musiker von „Clover“ mit ihrem Irish Folk & Celtic Folk Rock Programm auftraten.

Sehr viel Zuspruch fanden auch die Unterschriftenaktionen für die Initiative zur Einführung eines Sozialtickets im Land Brandenburg und für ein Verbot der NPD. Beide Themen sind auch in Schöneiche sehr aktuell. Zur Initiative für ein Verbot der NPD kam es oft zu nachvollziehbaren Diskussionen. Viele Leute stellten die Frage, was ein Verbot bewirken soll.

Der Erlös aus der Veranstaltung konnte, bei gleich bleibenden Preisen für Speisen und Getränke auf 500 € gesteigert werden und wird wieder der Kulturgießerei übergeben. Auch in diesem Jahr waren alle Veranstaltungen frei.

Und wie sagen auch wir in Schöneiche immer: „Nach dem 1. Mai ist vor dem 1. Mai“. Die Vorbereitungen für 2008 haben mit der Auswertung der diesjährigen Feier begonnen. 2007 ist für die Linken ein sehr entscheidendes Jahr mit vielen Höhepunkten. Am 19. Mai erfahren wir das Ergebnis der innerparteilichen Urabstimmung zur Bildung der Partei DIE Linke (vom 30. März bis 18. Mai 2007 war jedes Mitglied aufgerufen, seine geheime Entscheidung im anonymen Briefumschlag dem Parteivorstand zuzusenden). Der Parteitag zur Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG findet am 16. Juni in Berlin statt. Der Landesverband DIE LINKE Brandenburg konstituiert sich am 8. September und der Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree am 6. Oktober.

Wir, dann DIE LINKE Schöneiche laden schon jetzt zu dem ebenso traditionellen „Einheizfest“ am 3. Oktober wieder in die Kulturgießerei ein.

Beate Simmerl, Vorsitzende der Basisorganisation Schöneiche der Linkspartei.PDS

SPD verhindert Mindestlohn

Während die SPD im Bremer Wahlkampf den Wählern vorgaukelt, sie sei für die Einführung eines Mindestlohns, verhindert sie im Bundestag eine Mehrheit dafür.

Heute Morgen stimmte die Koalition einheitlich für die Absetzung des Tops Mindestlohn von der Tagesordnung des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Die SPD wollte unbedingt vermeiden, dass sie vor den Landtagswahlen in Bremen zu einer Abstimmung über ihre eigenen Forderungen gezwungen wird, den die DIE LINKE. wortgleich in einem Antrag vorgelegt hat. Sie hat damit aktiv verhindert, dass es mit den Stimmen der Opposition zu einem Durchbruch beim Mindestlohn kommt.

Wie schon bei der Gesundheitsreform und der Rente ab 67 ist die SPD auf der Flucht, wenn es zum Schwur kommt. Das Abhängen in einer arbeitnehmerfeindlichen Regierung ist ihr wichtiger, als das Durchsetzen von Existenz sichernden Mindestlöhnen. Für Gewerkschafter besonders unappetitlich anzusehen ist dabei stets das Verhalten vermeintlicher SPD-Linker wie Klaus Brandner, Andrea Nahles, Anton Schaaf, Andreas Steppuhn, die auch heute Gehör bei Fuß an der Seite der Konservativen standen.

Die SPD tut so, als wäre sie für den Mindestlohn, verhindert aber seine Einführung.



Sie täuscht und hintergeht ihre Wählerinnen und Wähler und die Bevölkerung. Für Sonntag ist zu hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bremen dieser verlogenen SPD-Politik einen Denkmalsverpass verpassen.

Klaus Ernst, MdB, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., 9. 5. 2007

Frage an die Leserinnen und Leser des „Widerspruch“:

Wer hat am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, auf den Volks- und Sportfesten, an den Stammtischen der SPD des Landkreises Oder-Spree in Schöneiche, Woltersdorf, Erkner, Fürstenwalde, Eisenhüttenstadt oder anderswo die Gelegenheit gehabt, sich in die Unterschriftenlisten

„Lohndumping verboten! Für Mindestlöhne.“

einzutragen? Antworten nehmen jede Abgeordnete, jeder Abgeordnete der Linkspartei.PDS entgegen.

Die Redaktion

Landtagsabgeordneter Peer Jürgens, Erkner, Mitglied des Kreisvorstandes LOS, kommentiert hier in regelmäßigen Abständen mit seinem Podcast ausgewählte aktuelle Ereignisse im Landtag Brandenburg.

pe(e)r podcast 12

„Brandenburg und Deutschland brauchen Mindestlöhne. Dazu liegt vor ein Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion.“ (Landtagspräsident Gunter Fritsch, SPD)

Rund 26000 Menschen in Brandenburg sind Vollzeit beschäftigt, bekommen trotzdem weniger als Hartz IV und müssen daher trotzdem einen Zuschuss zu ihrem Lohn beantragen. Das ist Ausbeutung und ist ein großes Problem. Das sieht sogar Herr Lunacek von der CDU so:

„Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass jemand, der Vollzeit arbeitet und den ganzen Tag schuftet, am Ende nicht genug hat, um damit davon leben zu können und damit hinzukommen.“

Um dieses Problem zu lösen, schlägt die Linkspartei seit Jahren einen gesetzlichen Mindestlohn vor. Einen solchen gibt es in 20 Ländern in Europa und alle mit positiven Erfahrungen. In Deutschland ist ein Mindestlohn von SPD und CDU nicht gewollt gewesen, noch 2004 hat der damalige Kanzler Schröder die PDS-Forderung mit den Worten abgelehnt, dass die Folgen eines Mindestlohnes nicht beherrschbar seien. Doch auch die SPD ist lernfähig, zumindest will sie jetzt laut dem Fraktionsvorsitzenden Baaske:

„... einen einheitlichen Mindestlohn, der sich als moralische Untergrenze einzieht ...“

Um auf Bundesebene einen Mindestlohn durchzusetzen, hat die SPD eine Unterschriftenkampagne gestartet. Matthias Platzeck und die Sozialministerin Ziegler haben fleißig ge-

sammelt, genauso wie viele Abgeordnete von der Linkspartei. Schließlich ist die Kampagne eine gute Sache. Und da hat sich die Linksfraktion im Landtag gedacht, das Anliegen der SPD mit einem Antrag im Landtag zu unterstützen. Soweit ist Herr Baaske auch einverstanden:

„Der Antragstext als solcher, Herr Vietze, ist ja gut, der kann ja nicht schlecht sein, der ist von uns.“

Laut Antrag sollte die Landesregierung aufgefordert werden, sich bei der Bundesregierung für einen gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen. In Bremen und Berlin hat die SPD selber einen solchen Antrag eingebracht. Also: die Linkspartei will einen Mindestlohn, die SPD will einen Mindestlohn und die CDU erkennt zumindest das Problem. Trotzdem wurde der Antrag abgelehnt. Warum sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Günter Baaske:

„Sie wissen ganz genau, dass wir in Brandenburg einen Koalitionsvertrag haben und nicht mit unterschiedlichen Mehrheiten abstimmen können.“

Der SPD war der Vertrag mit der CDU wichtiger als die Probleme der Menschen. Im Land sammelt sie Unterschriften für einen Mindestlohn, im Landtag stimmt sie dagegen. Die SPD ist zu feige, ihren eigenen Text zu beschließen. Das versteht kein Mensch. Jetzt müssen wir auch noch den Sozialdemokraten erklären, wieso es Politikverdrossenheit gibt!

Weitere podcast unter www.peer-juergens.de

Plakat zum 1. Mai 2006



Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg startet am 1. Mai 2007

Mit 20 Tausend Unterschriften vor den Landtag Brandenburg

Ein konkretes Ergebnis der Leitbilddebatte der Linkspartei.PDS im Land Brandenburg liegt auf dem Tisch. Angesichts der Lebenssituation von hunderttausenden Langzeitarbeitslosen in unserem Flächenland, bei denen im Regelsatz nur 15,71 € pro Monat für Fahrtkosten vorgesehen sind, ist es Zeit zu handeln. Gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband Brandenburg e.V., dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, dem ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, der Grünen Liga Brandenburg e.V. und der WASG Brandenburg organisiert die Linkspartei.PDS Brand-

enburg eine Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg.

Wir fordern von der Brandenburger Landesregierung die Einführung eines Sozialtickets ab 2008. Durch die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg wurden alle möglichen parlamentarischen Instrumente im Jahr 2006 für die Einführung eines Sozialtickets ausgeschöpft. Die Fraktionen der SPD und CDU im Landtag haben damals alle unsere Vorschläge abgelehnt. Um das Thema wieder auf den parlamentarischen Weg zu bringen bedarf es nun eine Volksinitiative.

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht zum Beispiel der Regelsatz des Arbeitslosengeldes bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind für viele Bürgerinnen und Bürger öffentliche Mobilitätsangebote zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben notwendig. Deshalb fordern wir die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg. Mit einem Sozialticket auch in Brandenburg würden im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gleiche Bedingungen hergestellt, denn in Berlin gibt es das Sozialticket bereits seit längerem. Nach offiziellen Berechnungen wären für ein Sozialticket in Brandenburg jährlich etwa 5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen. Dieser Betrag ist aus dem Haushalt des Verkehrsministeriums zu finanzieren. Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat dafür die nötigen Finanzierungsvorschläge unterbreitet.

Die Landesregierung soll mit der Volksinitiative aufgefordert werden, ab dem kommenden Jahr das Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt)



Landtagsabgeordneter Stefan Sarrach unterstützt die Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“. Die erste Unterschrift im Wahlkreis und wahrscheinlich der gesamten Initiative leistete Edeltraut Marx beim Früh-LINKSempfang in der „Haltestelle“ der Caritas Fürstenwalde am 25. April 2007.

gelten. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Niedriglohn und Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), eine kleine Rente und Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50 Prozent der jeweiligen VBB-Umweltkarte nicht überschreiten

Wir brauchen 20 Tausend Unterschriften, damit sich der Landtag mit dem Anliegen der Volksinitiative erneut befassen muss.

Nutzen wir die Chance für mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg und geben unsere Unterschrift für die Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg.

Die Initiative Erkner gegen Hartz IV war auf dem Maifest der Linkspartei. PDS in Woltersdorf mit einem eigenen Stand vertreten. Der „Hartz-Splitter“ fand viele Leser. Wir kamen mit den Besuchern ins Gespräch: „Was soll das mit dem Mindestlohn? Ihr macht damit die kleinen Unternehmer kaputt! Hat

doch alles keinen Zweck, die da oben machen was sie wollen“, hörten wir sehr oft. Aber wir bekamen auch 68 Unterschriften von Menschen, die sich für die Einführung eines Brandenburger Sozialtickets einsetzen.

Bei den Genossen der Woltersdorfer PDS, die mit den gleichen Listen direkt am Eingang zur Maiwiese standen, befürworteten mehr als 90 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift die Volksinitiative.

Dr. Elvira Strauß, Erkner

Unterschriftenlisten sind beim Kreisverband der Linkspartei.PDS Oder-Spree in den Geschäftsstellen in Fürstenwalde (Schloßstraße 7), Beeskow (Bodenschwingstraße 19) und in Eisenhüttenstadt (Lindenallee 30) zu erhalten. Weiter Infos und Unterschriftenlisten sind bei der Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag unter anita.tack@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de bzw. unter Tel. (03 31) 9 66 15 10 zu erhalten.

Neuer linker Jugendverband unterstützt Forderung nach Sozialticket für Brandenburg und Proteste gegen G8-Gipfel.

Seit April 2007 neuer linken Jugendverband im Land Brandenburg

Bereits im April hatten sich etwa 100 junge Menschen aus [solid], Linkspartei und WASG Brandenburg, der Jungen Linken, PDS und weiteren Gruppen zu einem neuen linken Jugendverband in Brandenburg zusammengefunden. Zu ihren programmatischen Eckpunkten gehört die Forderungen nach einer Durchsetzung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit gegenüber der Schulpflicht im Falle von Bildungsdemonstrationen ebenso wie die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Der neue Verband will sich jedoch nicht auf jugendpolitische Themen beschränken, sondern soziale und ökologische Alternativen formulieren, die

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle fördern. Insbesondere die Kämpfe für Studiengebührenfreiheit, gegen Rechtsextremismus, um lebenswerte Kommunen und einen sofortigen Abschiebestopp von Flüchtlingen wurden in der Abschlusserklärung des Gründungstreffens hervorgehoben.

Unterschriften für Sozialticket

Diese Ziele vor Augen erklärten die Jugendlichen gestern ihre aktive Unterstützung für eine landesweite Volksinitiative, die in Brandenburg seit dem 1. Mai Unterschriften für die Einführung eines Sozialtickets sammelt.

Ticketberechtigt wären ab 2008 alle Menschen, die derzeit Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe (SGB XII) oder Leistungen nach dem AsylbewerberInnenleistungsgesetz erhalten.

Mit jungen Menschen gesellschaftliche Widersprüche diskutieren

Auf seiner konstituierenden Sitzung bekräftigte der neu gewählte LandessprecherInnenrat außerdem den Anspruch, stärkster und aktivster politischer Jugendverband im Land zu werden. „Wir wollen mit jungen Menschen ins Gespräch kommen, gesellschaftliche Widersprüche aufzeigen und sozialistische Perspektiven jenseits des kapitalistischen Wirtschaftssystems entwickeln“ hieß es dazu von Katharina Dahme aus dem SprecherInnenrat.

Am 2. Juni – auf nach Rostock

Vielfältige bisherige Erfahrungen in der Bündnisarbeit mit PartnerInnen aus den sozialen Bewegungen sollen bei den Protesten gegen den in wenigen Wochen stattfindenden G8-Gipfel in Heiligendamm genutzt werden. Der LandessprecherInnenrat rief die Mitglieder und SympathisantInnen des Verbandes in diesem Zusammenhang dazu auf, sich an der Großdemonstration am 2. Juni in Rostock und an den geplanten Blockaden während des Gipfels zu beteiligen: „Wir werden lautstark deutlich machen, dass wir die verlogenen Politik dieses selbsternannten Weltregierungszirkels ablehnen und erwarten dazu viele Mitstreiterinnen und Freunde aus aller Welt.“

Nur müdes Lächeln für die Jusos

Der Hinweis der Brandenburgischen Jusos an den neuen Zusammenschluss, das Label des modernen linken Jugendlichen sei bereits durch sie besetzt, wurde indes belustigt zurückgewiesen: „Jugendverband der SPD zu



sein bedeutet eine Politik aktiv zu unterstützen, die Angriffskriege führt und die ‚deutschen Grenzen am Hindukusch verteidigt‘, erklärte hierzu Daniel Poensgen, Mitglied im LandessprecherInnenrat. Es bedeute, „für eine Sozialabbau-Politik einzutreten, die Arbeitslose zuallererst als Faulenzer betrachtet, die nicht arbeiten wollen. Juso sein heißt Wahlkampf für Unternehmenssteuersenkungen machen, während für Bildung und Gesundheit immer weniger da ist – und Juso sein heißt auch, ab und zu für das sozialdemokratische Gewissen über ‚Heuschrecken‘ und zu hohe Manager-Gehälter zu schimpfen, während Gerhard Schröder im Aufsichtsrat von Gasprom sitzt. Für solchen Eiertanz sind wir nicht zu haben!“

Wer ebenfalls andere Vorstellungen von linker Politik hat und aktiv werden möchte, sollte Kontakt zum neuen sozialistischen Jugendverband Brandenburg aufnehmen und ihn mitgestalten.

Steffen Kühne, Landessprecher

Ein Internationalist im antijapanischen Kampf an Chinas Seite

Wir gedenken Mojzes Grzyb – „Heinz Möller“ – „Asiaticus“

Die Befreiung Chinas aus den Fängen des Imperialismus hat Menschen in aller Welt begeistert. Auch Bertolt Brecht. In seinem Tagebuch weist er am 21. 12. 1948 auf einen besonderen Aspekt hin: „Interessant, wie Berlin zum Blickpunkt der Welt wurde, während sich in Asien ungeheure Entwicklungen anbahnen, welche von den Amerikanern einfach übersehen werden.“ In der Tat hatte die Truman-Administration das korrupte Regime Tschiang Kai-scheks schließlich fallen gelas-

sen und China bis zum Ausbruch des Koreakrieges aus ihrer Politik der „Eindämmung des Kommunismus“ weitgehend ausgeklammert.

Damals in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es einen Journalisten namens „Asiaticus“, der vielen ein Rätsel war. Mit seinen Artikeln über die antijapanischen Stützpunktgebiete der KP Chinas und ihren Kampf gegen Japan in den New Yorker Zeitschriften Pacific Affairs und Amerasia (1936–41) hatte er die von der Guomindang verhängte Nachrichtensperre durchbrochen, und damit beigetragen, in den USA ein realistisches Bild über China zu verbreiten. In den unsäglichen Antikommunistenprozessen 1951–52 wurde Owen Lattimore, der Leiter des „Institut of Pacific Relations“, eben wegen dieses „Asiaticus“ bezichtigt, Verbindung zu Kommunisten gehabt zu haben.

Wer war „Asiaticus“? Ein Revolutionär, der in der Illegalität viele Namen getragen hatte. Aus seinem Leben ist vieles unbekannt. Es gibt einen Auszug aus dem Personenregister seiner Geburtsstadt, einen Fragebogen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internale (EKKI), Archivmaterialien, Vorträge, zahlreiche Artikel und ein Buch: Von Kanton nach Shanghai sowie Erinnerungen von Genossen und Freunden.

„Asiaticus“ – Mojzes Grzyb wurde am 11. Juli 1896 in Tarnow im damals österreichischen Galizien geboren. Wer von dort kam und der jüdischen Nationalität angehörte, war in besonderer Weise von den sozialen und nationalen Widersprüchen berührt. Auch als uneheliches Kind hatte er schon früh soziale Ungerechtigkeit erfahren. Drei Jahre diente er in der österreichischen Armee und war als Kriegsgegner inhaftiert.

„Heinz Möller“, wie er sich nannte, hatte Philosophie und Nationalökonomie studiert. Er nahm – vieles deutet darauf hin – am Grün-

dungskongress der KPD teil. Wahrscheinlich war er neben Karl Radek, Ernst Reuter-Friesland und Felix Wolf einer jener vier Vertreter der russischen Sowjetrepublik, die Wilhelm Pieck auf dem Parteitag begrüßte.

Heinz Möller arbeitete illegal als Parteilehrer und Redakteur, 1922 gab er das Nordwestdeutsche Echo, Bremen heraus. Wegen eines Leitartikels zum fünften Jahrestag der Oktoberrevolution wurde er verhaftet, aus Deutschland ausgewiesen und in Moskau beim EKKI Sekretär der Delegation der KPD. Er stand Paul Frölich, Paul Levi, Edwin Hoernle, Hugo Eberlein und Clara Zetkin besonders nahe, die eine breite Bündnispolitik anstrebten. Im Herbst 1923 kam er nach Chemnitz und 1924 nach Berlin, wo er u.a. für die Rote Fahne schrieb. Im Zusammenhang mit der Verurteilung der Politik Heinrich Brandlers, August Thalheimers und Karl Radeks erhielt Heinz Möller Anfang April 1925 eine strenge Rüge.

Er fuhr nach China „zur Bewährung“, mit ihm seine Lebensgefährtin Grete Futran, die Tochter des 1920 von der Reaktion ermordeten sozialdemokratischen Köpenicker Abgeordneten Alexander Futran. Möller erlebte den Beginn der nationalen Revolution am 30. Mai 1925 in Shanghai und nahm 1926/27 als Berichterstatter „Asiaticus“ am Nordfeldzug teil, arbeitete mit Michail Borodin für die People's Tribune und gab zusammen mit Friedrich Lienhard die Chinesische Korrespondenz der Nationalrevolutionären Armee in Englisch und Deutsch heraus. Die meisten seiner Artikel betrafen den Feldzug selbst, oftmals bemerkenswerte Einschätzungen über die Vorgänge in China.

Nach der Niederlage der Revolution arbeitete er als Redakteur der Roten Fahne. Seine Artikel aus den Jahren 1927/28 unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von Einschätzungen der Kommunistischen Internationale. Eine direkte Kritik an deren Strategie, die so weit ging, darin eine der Ursachen für die Niederlage der chinesischen Revolution zu sehen – eine Bewertung, der man wohl zustimmen muss – erfolgte von seiner Seite erst Ende 1929.

1928 war Heinz Möller Chefredakteur der Zeitung Der Kämpfer in Chemnitz. Im Zusammenhang mit den strategischen Auseinandersetzungen jenes Jahres in der KPD wurde er als Chefredakteur entlassen und aus der KPD ausgeschlossen. Er trat der „KPD- Opposition“ (KPO) bei, leitete Presseorgane der Partei und publizierte Artikel über ökonomische Probleme Chinas, über Persönlichkeiten wie Sun Yatsen, über die Beziehungen zwischen China und der UdSSR und zwischen Deutschland und China, auch für den Wirtschaftsdienst, Hamburg, für Ossietskys Weltbühne u.a. Mit dem Überfall Japans auf die Mandschurei 1931 wurde der Krieg im Fernen Osten sein Hauptthema.

Mitte 1932 ging Grzyb wieder nach Shanghai. Mit seiner Lebensgefährtin Trude Rosenberg lebte er in schwierigen ökonomischen Verhältnissen, arbeitete z.B. in einer kleinen Chemiefabrik. Sein Pass trug seinen eigenen Namen, wodurch er in bestimmter Weise vor den diversen Geheimdiensten geschützt war, auch vor der in Shanghai agierenden Gestapo. Aufsehen erregte z.B. ein am 10. April 1937 in Shanghai erschienener Artikel über die Gefahr der „Achse Berlin-Tokio für die Souveränität Chinas“. Der deutsche Botschafter Trautmann schätzte ihn als „deutschfeindlich“ ein, weil er „in unliebsamer Weise eine deutsch-japanische Zusammenarbeit in China“ unterstelle.

1934 und 1936 fuhr er nach Moskau. Er bat darum, in die KP Chinas aufgenommen zu werden. Die KPD verweigerte ihr Einverständnis. Seine Artikel über die Lage im Fernen Osten, insbesondere über die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion, erschienen in der kommunistischen Presse Europas sowie in verschiedenen progressiven Zeitungen. In Shanghai hielt er für ausländische und chinesische Sympathisierende marxistische Kurse ab.

Nach dem Beginn des japanisch-chinesischen Krieges am 7. Juli 1937 schloss er sich heißen Herzens der Bewegung zur Rettung Chinas an. Mit Hilfe eingewanderter jüdischer Antifaschisten unterstützte er die



„Asiaticus“ zum Gedenken

Denkmal in Linyi, Stadt in der Küstenprovinz Shangdong, wo der Internationalist an der Seite der chinesischen Achten Marscharmee am 30. November 1941 im Kampf gegen die japanischen Okkupanten sein Leben ließ.

Foto: Rolf Berthold

KP Chinas durch eine Funkverbindung der Shanghaier Leitung zur Neuen Vierten Armee. Mehrfach überquerte er japanische Linien mit dringend benötigten Medikamenten für die antijapanischen Stützpunktgebiete, z.B. mit Agnes Smedley, Jakob Rosenfeld oder seiner Lebensgefährtin.

Trotz der militärisch sehr schwierigen Lage ging er 1941 nach Shandong ins Yimeng-Gebirge zur Achten Marscharmee und blieb bei der Einheit, die als letzte die japanische Umzingelung durchbrechen sollte. Asiaticus fiel

am 30. November 1941, als die Truppe völlig aufgerieben wurde. Im Ehrenhain von Linyi hat China ihm ein Denkmal errichtet.

*Helga Scherner, Schöneiche
aus „Rotfuchs“, 5/2007*

Wer mehr über „Asiaticus“ lesen möchte – „UTOPIE kreativ“ veröffentlicht in seinem Juni-Heft „Asiaticus, China 1937“ von Wolfram Adolphi. Unter www.asiaticus.de finden sich Originalartikel von „Asiaticus“ verfasst.

Präsidentenwahlen in Frankreich

Hohe Wahlbeteiligung zeugt von hoher Politisierung

Ohne Zweifel hätten wir die Kandidatin der Sozialistischen Partei lieber als Präsidentin unseres Nachbarlandes Frankreich im Elysee-Palast gesehen. Jedoch haben sich die seit Monaten veröffentlichten Umfragen bewahrt: Die französischen Wählerinnen und Wähler haben sich klar für eine pragmatische deutlich neoliberal ausgerichtete Wirtschaftspolitik und darauf fußende Versprechungen für mehr Arbeitsplätze und Sicherung der Wirtschaftskraft Frankreichs in einer globalisierten Ökonomie entschieden.

Ebenso sind sie mehrheitlich Sarkozys – selbst von den französischen Medien kritisch hinterfragten – populistischen Positionen in der Inneren Sicherheit und der

Einwanderungspolitik gefolgt. Die französische radikale Linke hatte bereits in der ersten Runde nicht genügend Gemeinsames in die Waagschale werfen können und dieses Manko konnte die SP-Politikerin nun auch nicht mehr überwinden.

Die französische Gesellschaft ist wie kaum eine andere heute in Europa politisiert und munter und ich registriere das mit einem gewissen Neid von Deutschland aus. Die französische Innenpolitik ist seit zwei Jahren, seit dem konstruktiven linken Nein in der EU-Verfassungsabstimmung, in Bewegung. Ich bin überzeugt: Die enorme Mitsprache der französischen Menschen, insbesondere auch der Jugend, in der Politik wird anhalten. Sie werden einem Präsidenten, der versprochen hat, neue Wege für alle Französinen und Franzosen zu eröffnen und einen Politikwechsel einzuleiten, sehr genau auf die Finger schauen.

Wir werden gemeinsam mit der FKP – auch in der Partei der Europäischen Linken im Vorfeld der französischen Parlamentswahlen ausloten, wie eine doppelte Mehrheit der konservativen Kräfte dort abzuwehren ist und wir solidarisch mit der breiten Linken in Frankreich die Zusammenarbeit ausbauen können.

*Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes
der Linkspartei.PDS, 7. Mai 2007*



Wachsende Zuversicht

Ein klein bisschen Urlaub war verdient. Im unscheinbaren mecklenburgischen Dorf Linstow, an der Bundesautobahn A19 gelegen, gibt es das Resort Linstow. Riesiges Hotel, auf dem Acker am Wald, Hunderte Ferienhäuser, geordnet in drei Kreisen. Im erträglichen Preissegment sind die Häuser sehr schlicht ausgestattet. Die Umgebung mecklenburgisch schön, Wälder, Seen, Krakow am See, Malchow, nach Rostock ist es so weit nicht. Die Versorgung im Hotel ist gut, das Personal freundlich.

Und so erfahren wir, dass der ganze Komplex für vier Wochen keinen öffentlichen Zugang haben wird. Eintausendfünfhundert Polizisten, Einsatzkräfte für Heiligendamm, die Stacheldrahtstadt am Meer, werden dann hier untergebracht und versorgt. Sicher ein feines Geschäft für die Betreiber. Schluss also mit Urlaub! Der Umbau des so genannten Rechtsstaates ist allgegenwärtig. Der Innenminister dieses Staates sprudelt ununterbrochen neue Ideen hervor, die zumeist schon gar keine mehr sind, sondern brutale Wirklichkeit. Wiedereinführung der Rasterfahndung, zwar im Widerspruch und Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht, aber was tut's? Legalisierung der bisher heimlich praktizierten

Online-Durchsuchung privater Computer, noch umfangreicherer Lauschangriff, Nutzung der Daten aus der LKW-Maut – wer weiß eigentlich genau, dass über diese Mautbrücken keine Bewegungsprofile von PKW-Nutzern hergestellt und gespeichert werden? Speicherung von Fingerabdrücken in RFID-Chips in Reisepässen, Hinterle-

gung biometrischer Daten in Meldeämtern, Vernetzung der Dateien von Polizeien und Geheimdiensten, Speicherung von Kontaktdaten – nur einige der Spitzelinstrumente sind das. Infragestellung des Verfassungsgrundsatzes der Unschuldsvermutung, Vorratsdatenspeicherung für polizeiliche Zwecke gehören ebenso zur praktischen Aushebelung von Grundrechten für Bürger der Bundesrepublik. Und wer nicht spürt, hat sich auf Unterbindungsgewahrsam einzustellen. Warum nur dieses lange Wort – Schutzhaft täte es auch. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke bezeichnete das Agieren des Innenministers als „sicherheitspolitischen Amoklauf“, womit sie treffend formulierte.

Wir fuhren nicht sehr erholt aus Linstow nach Hause, und ich nahm „Staat und Revolution“ von Lenin aus dem Regal: „... Staat, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen.“ Was sich dieser Tage vollzieht, ist wohl die Reaktion auf die Verschärfung der Widersprüche, was zwar nicht optimistisch stimmt, aber Zuversicht wachsen lässt.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt (Oder)



Dietrich Kittner

Die allerletzte Verfügung

Wie aus gemein unterrichteten Kreisen ver-lautbart, wollen die Fraktionen der großen Koalition noch vor der Sommerpause ein „Gesetz über Arbeitslosen-, Behinderten-, Kranken-, Rentner- und Asylbewerber-Testaments-Zuschüsse“ verabschieden – kurz:

Bundes-A-B-K-R-A-T-Z-Gesetz.

Nachfolgend dokumentieren wir den zwischen den Regierungsparteien bereits verbindlich vereinbarten Wortlaut der neuen Bestimmungen.

Präambel

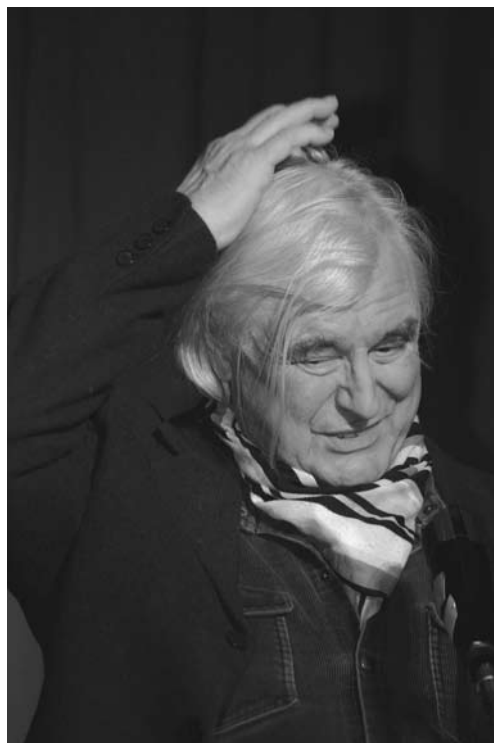
Sinn und Zweck des nachfolgenden Gesetzes ist es, allen sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden Personen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sozialen Stellung, Abstammung, Nationalität oder Rasse gleiche Rechte und Chancen bei der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit in lebensentscheidenden Fragen zu gewährleisten. Zugleich sollen die unerträglich aufgeblähten Sozialbelastungen der Solidargemeinschaft zum Nutzen aller auf ein normales Niveau zurückgebombt werden.

§1

Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Gesundheit von Staatskasse und Kapitalgesellschaften, gewährt allen in § 2 dieses Gesetzes aufgeführten Berechtigten sachliche und finanzielle Unterstützung bei der Abfassung freiwilliger Patientenverfügungen oder anderer die Gesundheitskosten dämpfender Maßnahmen.

§2

Bezugsberechtigte im Sinne dieses Gesetzes sind Erwerbslose, Rentner, Wohngeldbezieher, Personen ohne festen Wohnsitz nach dem Landfahrgesetz, Asylbewerber, Schwer- und Schwerstbehinderte, Niedriglohnbeihilfe-Empfänger nach Hartz IV und alle anderen



Sozialfälle – im nachfolgenden kurz Prekarier genannt.

§3

Chronisch kranke Einzelpersonen können auf Antrag ihrer Krankenkasse, überdurchschnittlich gesunde ältere Personen auf Antrag der Rentenkasse in den Kreis der Berechtigten aufgenommen werden.

§4

Die Leistungen an Prekarier und andere Berechtigte nach diesem Gesetz sind in drei Stufen gegliedert:

Stufe I: Einmalzahlung von 10 Euro abzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer, kostenlose Teilnahme an einem Aloe-Vera-Gesundheitsvortrag oder einer anderen Zirkusvorstellung am Wohnort des Prekariers und ggf. die Senkung des Krankenkassenbeitrags um 0,15 Prozentpunkte für die Dauer von maximal drei

Jahren. Voraussetzung für die Gewährung der Leistungen nach Stufe I ist die Vorlage einer rechtsverbindlichen unwiderruflichen Patientenverfügung, aus der hervorgeht, dass der berechtigte Prekarier im Falle einer ernsten, lebensbedrohlichen Erkrankung jede stationäre Krankenhausbehandlung ablehnt, wenn sie den Zeitraum von drei Tagen überschreitet.

Stufe II: Einmalzahlung von 15 Euro abzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer, kostenlose Teilnahme an einem halbtägigen Grundkurs für Drachenfliegen, Mount-Everest-Besteigungen, Inline-Scating oder andere Risikosportarten, sowie ggf. eine Senkung des Krankenkassenbeitrags um 0,17 Prozentpunkte auf die Dauer von fünf Jahren. Hierbei muss der antragstellende Prekarier eine verbindliche Patientenverfügung vorlegen, in der er auf Medikamente und andere Behandlungen verzichtet, die einen Gesamtwert von 17,92 Euro im Jahresdurchschnitt überschreiten.

Stufe III: Der Leistungsbewerber verpflichtet sich per Patientenverfügung, zukünftig jegliche Arzt- oder Heilpraktikerbesuche zu unterlassen, und erhält dafür lebenslange Befreiung von der sog. Praxisgebühr und Senkung der Krankenkassenbeiträge um 0,19 Prozentpunkte, eine Einmalzahlung von 20 Euro abzgl. Mehrwert- und Kapitalertragssteuer, dazu 10 Originalpackungen Aspirin und 10 hypoallergene Heftpflaster.

Abs. 2.

Sonderregelungen

Auf Antrag kann Bewerbern aus besonders prekären Prekariatsbereichen auch ein Bundeszuschuss für die einfache Hinreise mit der Deutschen Bahn AG, 2. Klasse nach Zürich gewährt werden. Aus humanitären Gründen ist für diese Reisekostenbeihilfe jedoch ausnahmslos Dauerarbeitslosigkeit erforderlich.

§5

Zugangsbeschränkungen

Handelt es sich bei dem antragstellenden Prekarier um einen Niedriglohn-Beschäftigten

oder so genannten Ein-Euro-Jobber, ist eine Einverständniserklärung des jeweiligen Arbeitgebers vorzulegen.

§6

Antragstellung

Der Prekarier hat der zuständigen Behörde des Bundes eine notariell beglaubigte, seiner jeweiligen Leistungsstufe entsprechende Patientenverfügung zu übersenden und muss sich überdies rechtsverbindlich verpflichten, eine eigenhändig unterschriebene Ausfertigung davon stets bei sich zu tragen. Das Bundesgesundheitsministerium stellt zu diesem Zweck einen Brustbeutel aus echtem Schweinsleder mit edlem Metalldruckknopf, ansprechender Nylonkordel und glasklarem Plasticsichtfenster wahlweise in den Farben schwarz oder signalrosa obligatorisch zu Verfügung (Zuzahlung nur 19,90 Euro).

§7

Zusatzleistungen

Prekariern, die Angehörige einer zugelassenen Religionsgemeinschaft sind, steht bei Eintritt des Leistungsfalles der kostenlose einmalige Besuch eines Geistlichen ihrer Konfession zu. Ersatzweise wird konfessionslosen prekarischen Ablebern auch ein aufmunternder Briefvordruck des Bundesgesundheitsministeriums zugestellt.

Asylbewerber erhalten bei Vorliegen einer Patientenverfügung der Stufen I bis II posthum die deutsche Staatsangehörigkeit.

Um zusätzliche Anreize zu geben, nehmen alle Antragsteller an der Verlosung von je drei Erlebnisreisen nach Afghanistan, in den Irak oder in den Libanon teil. Halbpension und kostenlose Rückführung sind im Gewinn enthalten.

§8

Die Senkung von Sozial- und Gesundheitskosten ist unantastbar – siehe auch Artikel 1 des Grundgesetzes.

Bürgerbüros der Mitglieder des Brandenburger Landtages, Fraktion DIE LINKE.PDS

■ Renate Adolph

Mahlsdorfer Straße 61
15366 **Hoppegarten, OT Hönow**
Tel. (030) 99 27 47 49
Fax (030) 99 27 47 43
E-Mail renate@adolph.de
Mitarbeiterin Helga Hummel
Sprechzeiten Mo., Mi., Do. 14–18 Uhr

■ Helga Böhnisch

Lindenallee 30, 15890 **Eisenhüttenstadt**
Tel./Fax (033 64) 77 28 81
E-Mail PDS-BueroBoehnisch@gmx.de
Mitarbeiterinnen
Margot Ziemann
Sprechzeiten der MdL: Mo. 10–18 Uhr
Öffnungszeiten: Mo., Di., Do. 10–18 Uhr
Mi. 10–16 Uhr

■ Kerstin Osten

Cottbuser Straße 53 B
15711 **Königs Wusterhausen**
Tel. (033 75) 2 10 84 18
Fax (033 75) 29 36 23
E-Mail kerstin.osten@web.de
Mitarbeiter André Klös

■ Stefan Sarrach

E-Mail stefan.sarrach@gmx.de
Internet www.sarrach.de
Mitarbeiterin Romy Neupert

Schloßstraße 7, 15517 **Fürstenwalde**
Tel. (033 61) 31 04 47
Fax (033 61) 31 04 48
Sprechzeiten Mo.–Fr. 10–16 Uhr
außer Mi.

Bodenschwinghstr. 19, 15848 **Beeskow**
Tel./Fax (033 66) 2 02 02

Herzlichen Glückwunsch!



3. 6. Vera Popper	Eisenhüttenstadt	84 J.
6. 6. Ewald Piede	Kossenblatt	82 J.
9. 6. Lothar Woywod	Grünheide	65 J.
12. 6. Werner Vanneß	Eisenhüttenstadt	85 J.
17. 6. Gerhard Hoffmann	Eisenhüttenstadt	80 J.
18. 6. Christa Barentin	Eisenhüttenstadt	83 J.
18. 6. Gertrud Lehmann	Kossenblatt	85 J.
20. 6. Hans Karras	Fürstenwalde	82 J.
20. 6. Christa Wagenbreth	Bad Saarow	75 J.
21. 6. Reiner Meinel	Eisenhüttenstadt	65 J.
25. 6. Ursula Poßling	Eisenhüttenstadt	81 J.
26. 6. Irene Nitsche	Fürstenwalde	86 J.
28. 3. Hans Drogoin	Bad Saarow	70 J.
30. 6. Walter Reiche	Plattkow	82 J.

Die Linkspartei.PDS Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle
Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 3 30 69
Fax (033 61) 34 26 24
E-Mail kontakt@linke-oder-spree.de
geöffnet Mo.–Do. 9–12, 13–17 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr, Do. 9–12 Uhr

Online-Shop

Hier können Sie politische Literatur,
Organisationsmaterial,
aber auch Werbemittel und
Fan-Artikel der Linkspartei.PDS bestellen.

www.sozialisten.de/shop

Alles öffentlich Sitzungen im Mai/Juni 2007

■ DIE LINKE.PDS-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 29. 5., 19. 6. je 19 Uhr; Orte bei Fraktionsgeschäftsführerin erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax (03 36 37) 3 88 43, E-Mail: emk.pooch@t-online.de

DIE LINKE.PDS-Geschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

■ Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Haushalts- und Finanzausschuss 21. 5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur u. Sport 22. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss Eigenbetrieb Rettungsdienst 24. 5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Kreisausschuss 6. 6., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127

■ Kreistag Oder-Spree

27. 6., 17.30 Uhr, Beeskow, Schützenhaus

Veranstaltungen

24. 5. 19 Uhr, Erkner, Stadthalle, Seminarraum
Gesamtmitgliederversammlung zum Thema „Linkspartei.PDS und WASG auf dem Weg zur Partei DIE LINKE“ mit Dr. Artur Pech, Schöneiche
30. 5. 19 Uhr, Bad Saarow, Ulmenstraße, SaarowCentrum (Saal)
„Linke Reformprojekte zum Erhalt und Ausbau des Sozialstaates, für eine umfassende öffentliche Daseinsfürsorge und die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme“, Gast: Katja Kipping, stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei.PDS, MdB und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
11. 6. 14 Uhr, Beeskow, Seniorentreff: Besuch des Museums „Alltagskultur der DDR“ und des denkmalgeschützten Stadtteils „Stalinstadt“ in Eisenhüttenstadt
18. 6. 14.30 Uhr, Fürstenwalde, Domplatz 7, Kulturfabrik, Seniorentreff
Buchlesung mit Bibliothek und Vereinen in der Seniorenwoche

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „Widerspruch“ im Die Linke.PDS-Kreisverband Oder-Spree; Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24, E-Mail: oder.spree@pds-brandenburg.de • Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (033 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de, Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (033 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich); Redaktionsschluss: 5. Tag des Monats; Auflage: 1 500 Exemplare; Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de; Druck: TASTOMAT Druck GmbH, 15345 Eggersdorf
Der „Widerspruch“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 € - im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „Widerspruch“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten des Die Linke.PDS-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle Die Linke.PDS (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.



 9. Juni 2007 / ab 10 UHR
IM KIEZ AM OSTBAHNHOF
Pressefest 2007

10243 Berlin / Franz-Mehring-Platz 1

L. Bisky und O. Lafontaine zur neuen LINKEN

Satireprogramm mit E. Külow und R. Andert

Deutscher Herbst – RAF

Diskussion Klima-Umwelt-Energie

Modenschau Kiezklamotten e.V.

Swing Dance Orchestra

Verleihung ND-Leserpreis

Neues Deutschland